

**Zwischen Wachstum und Stagnation:
Wohin bewegen sich die Neuen Länder?**

**Nach dem Solidarpakt:
Öffentliche Haushalte und Schuldendienst**

- 5 Thesen -

1 Werkstatt Ost nach Aufbau Ost

20 Jahre nach der Wiedervereinigung haben die Neuen Länder in der wirtschaftlichen Leistungskraft (gemessen an der Arbeitsproduktivität) etwa Dreiviertel des Niveaus der Alten Länder erreicht. Mit Blick auf die schwierige Startposition und die wirtschaftlichen Flurschäden des Sozialismus ist dies ein beachtliches Ergebnis, auch im Vergleich zu den mitteleuropäischen Nachbarländern. Der verbleibende Rückstand erklärt sich vor allem aus der noch zu schwachen industriellen Innovationskraft. Sie zu verbessern muss in der Zukunft das zentrale Ziel der Wirtschafts- und Standortpolitik sein. Also: „Werkstatt Ost nach Aufbau Ost“.

2 Rückstand der Steuerkraft

Einstweilen bleibt durch den Rückstand der Wirtschaftskraft auch ein Rückstand der Steuerkraft. Er fällt sogar überproportional aus, bedingt durch die stets „progressive“ Wirkung des Wirtschaftswachstums auf die staatlichen Einnahmen. Er trifft alle Neuen Länder in ähnlich starkem Maße. Er trifft auch Berlin – als vergleichsweise wirtschaftschwache Metropole, auch eine Spätfolge der Deutschen Teilung. Der Rückstand der Steuerkraft ist ohne Wachstum nicht zu beseitigen. Durch weitere Abwanderung wird er noch verschärft. Der Schlüssel zur Stärkung der Steuerkraft liegt allein bei der Wirtschafts- und Standortpolitik.

* Minister a. D., Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Kontakt paque@ovgu.de.

3 Kein Rückstand bei den Ausgaben

Zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben brauchen die Neuen Länder pro Einwohner etwa das Niveau der Ausgaben der strukturschwächeren Alten Länder (Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein). Ohne grundlegende Reformen, die den Ländern mehr Spielräume zur Ausgabenkürzung bei Sozialgesetzen geben, werden die Neuen Länder außerstande sein, dieses Niveau zu unterschreiten. Weitere Bemühungen zur Senkung der Personalkosten im öffentlichen Dienst sind nötig, können aber das Problem allein nicht lösen. Dies gilt künftig noch mehr als bisher, da die Konkurrenz um qualifiziertes Personal zunimmt und die Sparpotentiale begrenzt.

4 Die Erblast des Schuldendienstes

Vier der fünf Neuen Länder (und Berlin) versäumten es in den frühen 1990er Jahre, konsequent Personal abzubauen. Sachsen war die Ausnahme. Die Folge: Sachsen hat auf Dauer eine geringere Zinslast und dadurch bei ansonsten ähnlicher Haushaltsstruktur wie die anderen ostdeutschen Flächenländer einen ausgeglichenen Haushalt. Es ist also das (verdiente) Fehlen einer Erblast, die den zähen strukturellen Vorsprung Sachsens in der Finanzpolitik, und nicht ein Vorsprung in der Wirtschafts- und Steuerkraft. Provokant formuliert: Sachsen ist finanzpolitisch mehr Preußen als Bayern, und wird es auf absehbare Zeit bleiben.

5 Nach dem Solidarpakt

Der Solidarpakt läuft 2019 aus. Damit entfallen die sogenannten SoBEZ („Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen“). Sie sollten zwei Ost/West-Lücken schließen: den Rückstand in der Infrastruktur (durch Investitionen!) und den Rückstand in der kommunalen Finanzkraft (durch Zuweisungen an die Kommunen!). Der Rückstand in der Infrastruktur ist weitgehend beseitigt, der in der kommunalen Finanzkraft dagegen noch nicht. Solange dies so ist, bleiben die Neuen Länder auf den Finanzausgleich angewiesen, noch stärker als die finanzkraftschwachen Alten Länder. Allfällige (und notwendige) Reformen des Finanzausgleichs müssen dies berücksichtigen.